# Huml startet bayerischen Demenzpakt – Bayerns Gesundheitsministerin: Demenz wird auch nach Corona eine zentrale Herausforderung sein

21. September 2020

**Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** hat am Montag in München anlässlich des Welt-Alzheimertages den Bayerischen Demenzpakt gestartet. Zu der Auftaktveranstaltung in Schloss Nymphenburg in München kamen auch Vertreterinnen und Vertreter der bayerischen Staatsregierung sowie von Kommunen, Kirchen, Zivilgesellschaft, Wohlfahrts- und Betroffenenverbänden. Ziel ist vor allem eine Verbesserung der Lebensqualität von Demenzkranken.

Huml betonte: „Das Thema Demenz gehört zu den großen Herausforderungen, die uns auch über die Corona-Pandemie hinaus begleiten werden. Aktuell sind rund 240.000 Menschen im Freistaat von Demenz betroffen. Experten schätzen, dass die Zahl bis 2030 sogar auf rund 300.000 steigen wird. Darauf müssen wir frühzeitig und trotz der zusätzlichen Herausforderungen der Corona-Pandemie Antworten finden."

Die Ministerin ergänzte: „Ziel des Paktes ist es, das Thema Demenz auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen, um die Lebenssituation von Menschen mit Demenz sowie ihrer Angehörigen in Bayern weiter zu verbessern. Dafür müssen wir tragfähige Strukturen schaffen. Deshalb bin ich froh, dass unser Demenzpakt trotz einer coronabedingten Verzögerung nun starten kann." Ursprünglich sollte der Pakt im März mit einer Arbeitssitzung gestartet werden.

Der Demenzpakt ist ein Teil der seit 2013 bestehenden bayerischen Demenzstrategie. Im Rahmen der Demenzstrategie wurde eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, wie beispielsweise der Demenzpreis, die Demenzwoche und der Demenzfonds.

Der Demenzpakt geht aus der bisherigen sogenannten interministeriellen Arbeitsgruppe hervor und beteiligt Vertreter aus Politik, Gesundheitsbranche und Gesellschaft an der Umsetzung der Strategie. Unter anderem sitzen alle bayerischen Staatsministerien, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kammern, private Träger, Betroffenenvertreter und Kommunen mit am Tisch.

Huml ergänzte: „Wir haben in Bayern schon viel für Menschen mit Demenz getan. Es gibt rund 1.290 Angebote zur Unterstützung im Alltag, von denen mehr als 740 mit etwa 1,7 Millionen Euro pro Jahr gefördert werden. Dazu zählen Betreuungsgruppen und ehrenamtliche Helferkreise." Zudem verwies die Ministerin auf die mehr als 100 Fachstellen, die pflegenden Angehörigen Beratung und psychosoziale Unterstützung anbieten.

Huml erläuterte: „Demenz kann jede und jeden von uns treffen. Aber es bringt nichts, bei einem Verdacht auf eine Erkrankung den Kopf in den Sand zu stecken. Im Gegenteil: Die Diagnose ermöglicht eine realistische Lebensplanung und sichert bei vorliegendem Pflegegrad den Leistungsanspruch etwa von Unterstützungs- und Entlastungsangeboten."

Die Ministerin bekräftigte: „Das Recht auf soziale Teilhabe gilt für alle. Viele Menschen können trotz der Veränderungen, die eine Demenz mit sich bringt, am öffentlichen und kulturellen Leben teilnehmen, ihren Alltag mitbestimmen und sich einbringen. Die Diagnose Demenz darf nicht dazu führen, dass Menschen von der Gesellschaft ausgeschlossen werden."

Bundesweit leiden etwa 1,6 Millionen Menschen an Demenz; jährlich kommen etwa 300.000 Fälle hinzu. Weltweit sind etwa 47 Millionen Menschen von Demenzerkrankungen betroffen. Bis 2030 dürfte die Zahl nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation auf voraussichtlich 75 Millionen steigen, bis 2050 auf mehr als 152 Millionen. Das Risiko steigt mit zunehmendem Alter: Während dem Gesundheitsreport Bayern zufolge von den 65- bis 69-Jährigen rund 1,6 Prozent eine Demenzdiagnose erhalten, liegt die Rate in der Altersgruppe 90 und mehr bei mehr als 40 Prozent.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers